



Fachverband der Kämmerer NRW Herbsttagung 2016

16. November 2016
Stadthalle Mülheim



Fachverband der Kämmerer NRW Herbsttagung 2016

**„GFG, Stärkungspakt, Infrastrukturförderung - Kommunale
Finanzen im Jahr 2017“**

**Johannes Winkel, Ministerium für
Inneres und Kommunales NRW**



Kommunale Finanzen im Jahr 2017

Agenda:

1. Aktuelle Entwicklungen
2. Gemeindefinanzierungsgesetz 2017
3. Stärkungspakt Stadtfinanzen
4. Förderung des Erhalts und des Ausbaus kommunaler Infrastruktur



Kommunale Finanzen im Jahr 2017

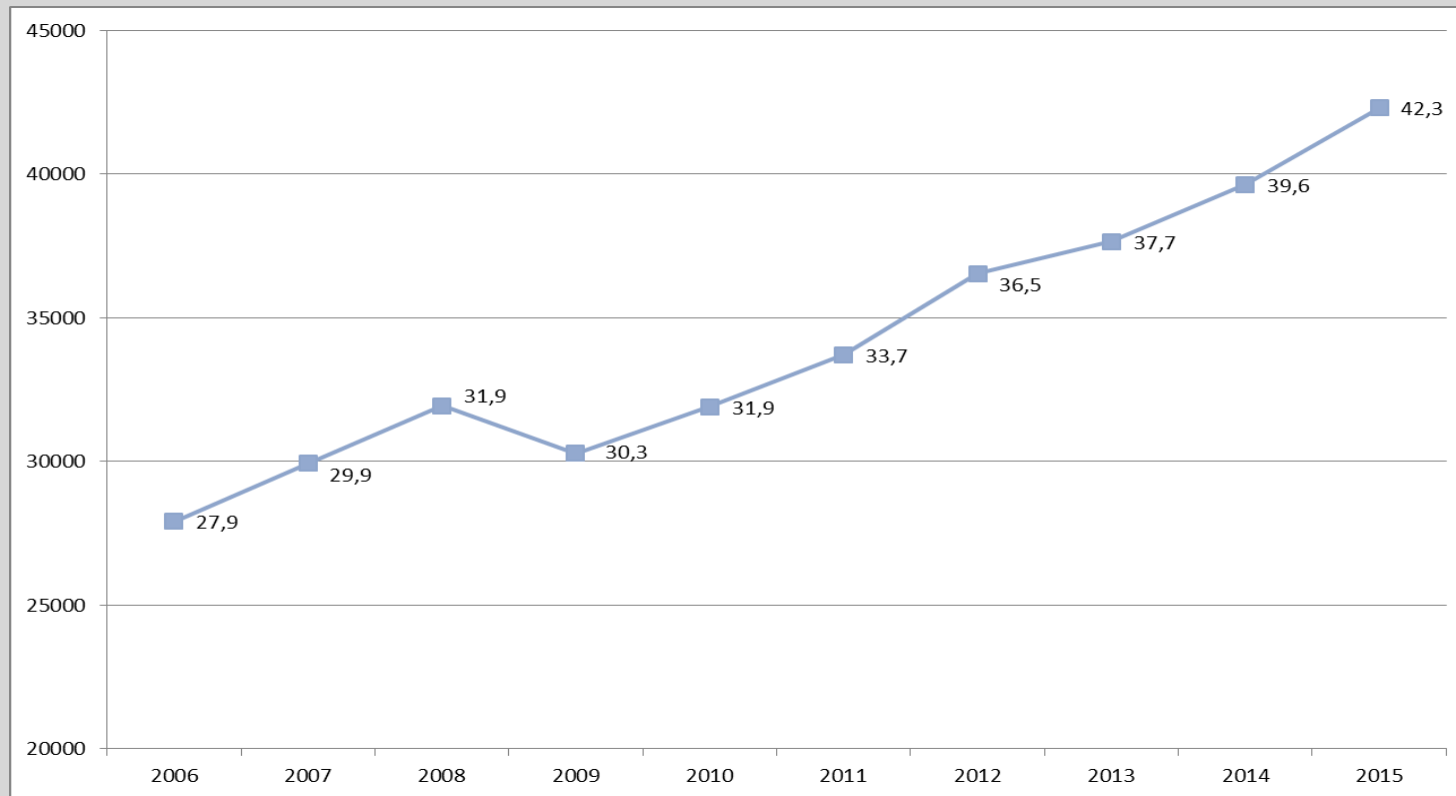
Agenda:

1. **Aktuelle Entwicklungen**
2. Gemeindefinanzierungsgesetz 2017
3. Stärkungspakt Stadtfinanzen
4. Förderung des Erhalts und des Ausbaus kommunaler Infrastruktur



Entwicklung der kommunalen Erträge 2006 – 2015

Zuweisungen auf Grundlage des Landeshaushalts sowie Steuereinnahmen (in Mio. EUR)

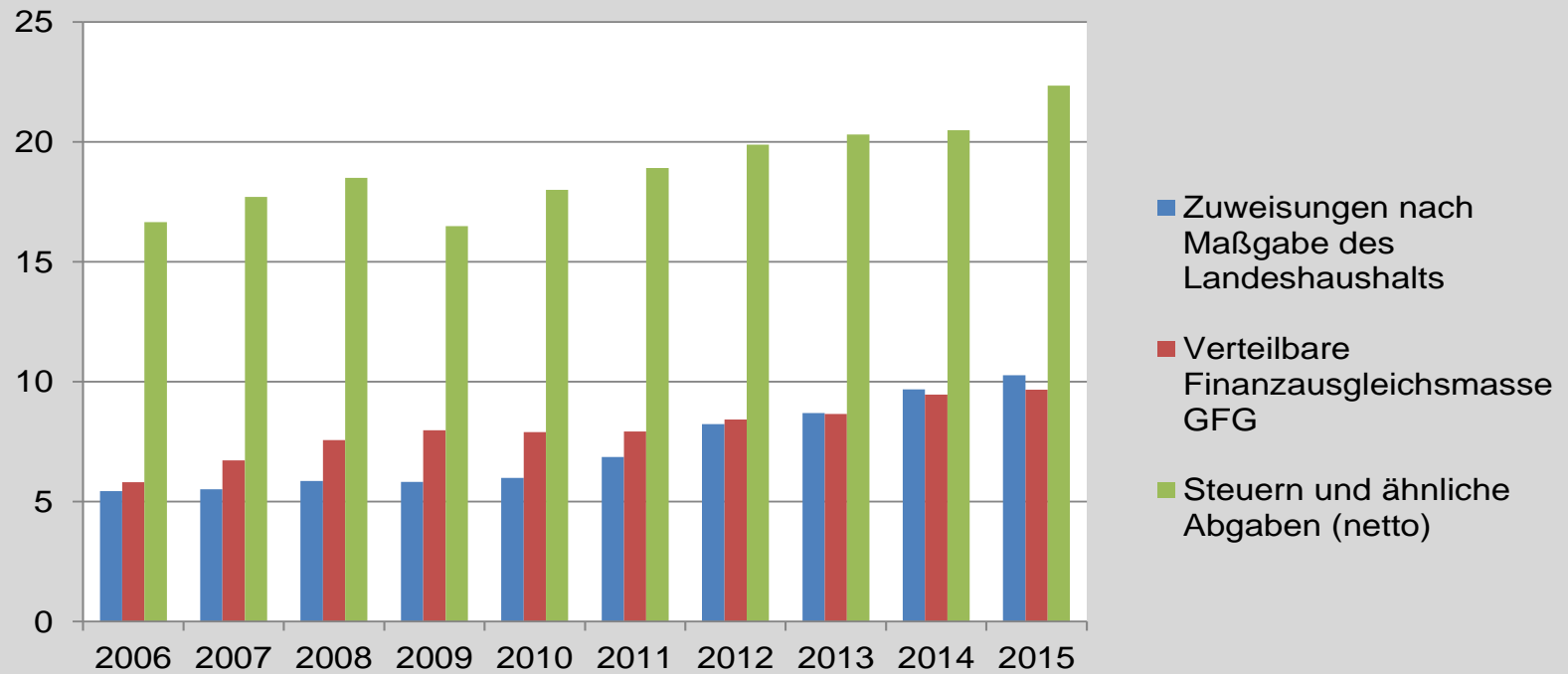




Entwicklung nach Ertragsarten

Zuweisungen nach Maßgabe von GFG u. Landeshaushalt
sowie kommunale Steuereinnahmen (netto)

- Mrd. Euro -

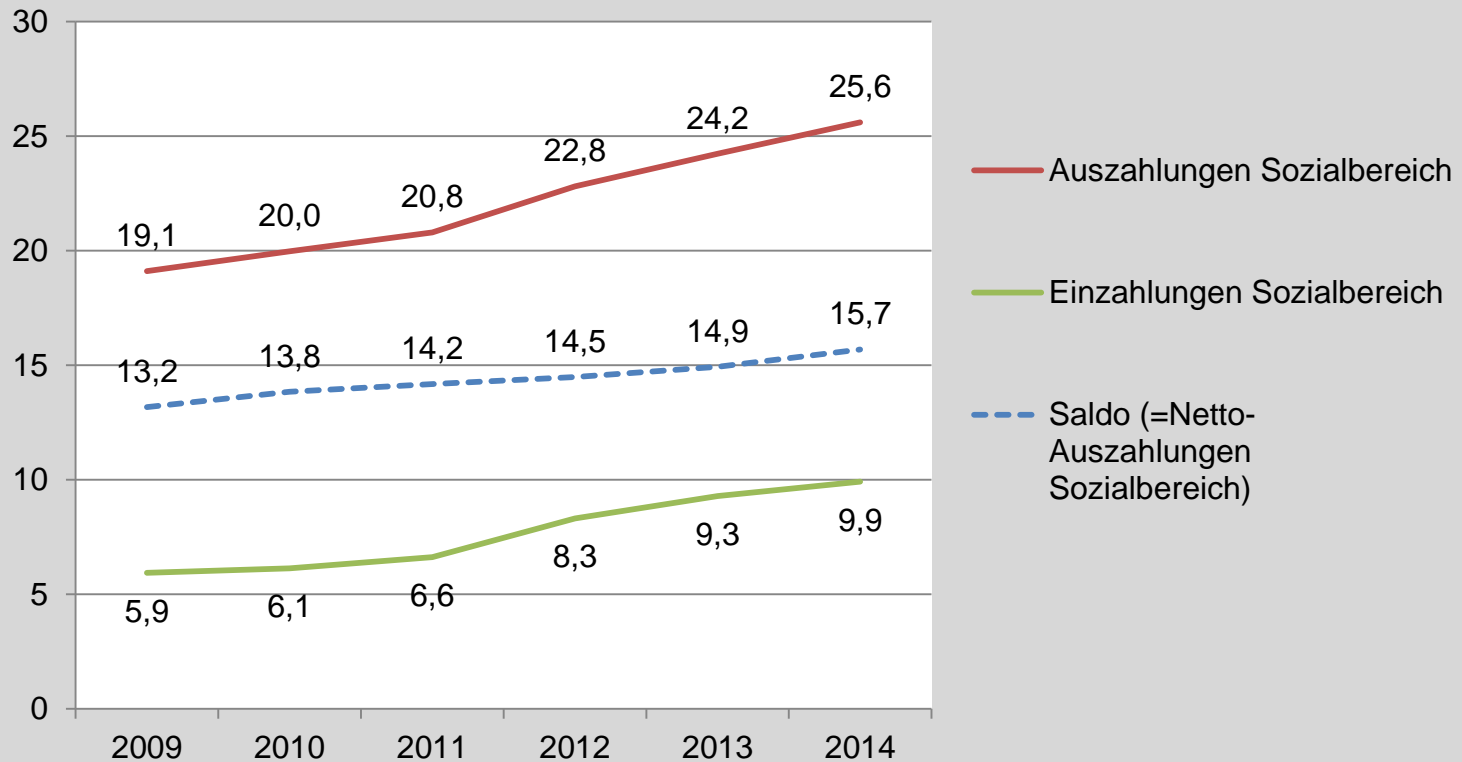




Sozial- und Jugendhilfebereich

Auszahlungen, Einzahlungen und Netto-Auszahlungen

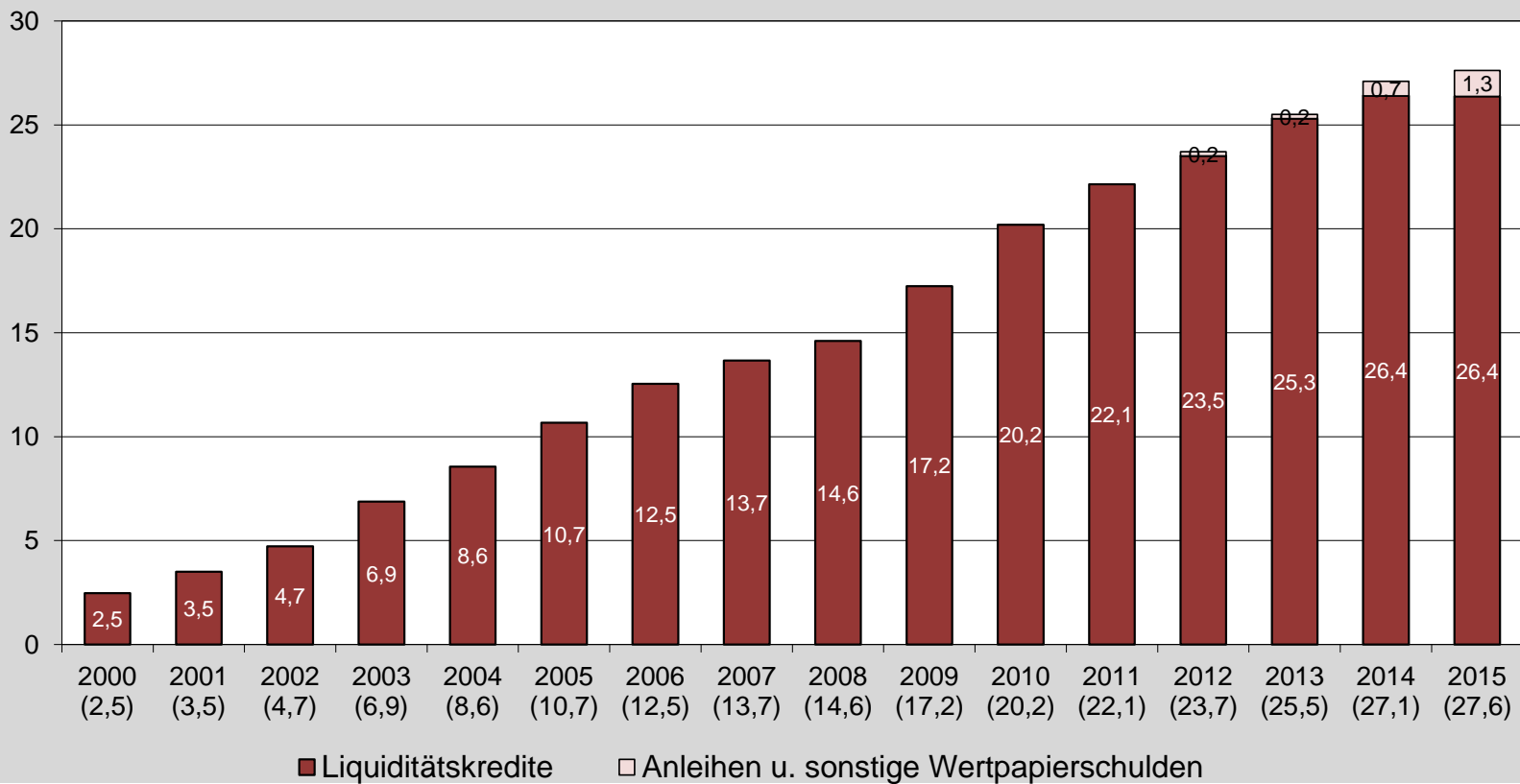
- Mrd. Euro -





Liquiditätskredite der Kommunen in NRW

- in Mrd. Euro (Summenwert in Klammern) -





Aktuelle Situation der kommunalen Haushalte im Überblick

- Allzeithoch bei den kommunalen Erträgen, insbesondere im Bereich der Steuern, der allgemeinen Zuweisungen im Rahmen des KFA und der zweckgebundenen Zuweisungen
- Zumindest bis 2014 sichtbare Verstetigung der Zuschussbedarfe im Sozial- und Jugendbereich infolge der Kostenerstattungen durch Bund und Land
- Trendumkehr bei den Liquiditätskrediten?



Kommunale Finanzen im Jahr 2017

Agenda:

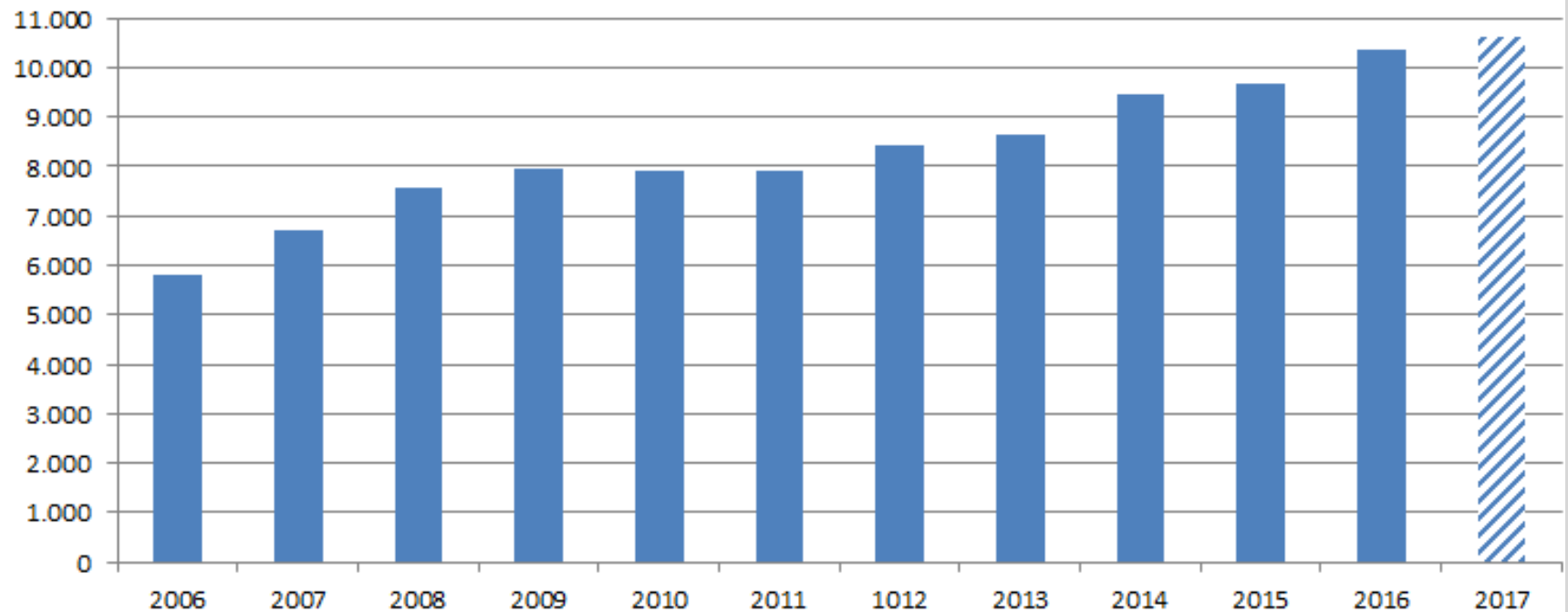
1. Aktuelle Entwicklungen
2. **Gemeindefinanzierungsgesetz 2017**
3. Stärkungspakt Stadtfinanzen
4. Förderung des Erhalts und des Ausbaus kommunaler Infrastruktur



Kommunaler Finanzausgleich

Entwicklung der Netto-Zuweisungen 2006 – 2017 in Mio. EUR

Verteilbare Finanzausgleichsmasse GFG





Ableitung der Finanzausgleichsmasse 2017

	EUR
Obligatorischer Steuerverbund	45 514 345 800
Fakultativer Steuerverbund	+ 1 632 264 500
Bereinigungen (im Saldo)	- 49 601 500
Verbundgrundlagen insgesamt	= 47 097 008 800
Verbundsatz in Prozent	./. 23,00
Originäre Finanzausgleichsmasse	= 10 832 312 000
Vorwegabzüge	- 189 327 000
Verteilbare Finanzausgleichsmasse	= 10 642 985 000


Aufteilung der Finanzausgleichsmasse 2017

Zuweisungsart	Zeile	Steuerverbund 2016*) Mio. Euro	Steuerverbund 2017**)		
			Mio. Euro	Veränderung zu 2016	
				absolut Mio. Euro	%
1	2	3	4	5	6
Verteilbare Finanzausgleichsmasse	1	10.379,4413	10.642,9850	+ 263,5437	2,54%
Allgemeine Zuweisungen					
Schlüsselzuweisungen insgesamt:	2	8.810,3880	9.035,7901	+ 225,4021	2,56%
* Gemeinden	3	6.915,1662	7.092,4469	+ 177,2807	2,56%
* Kreise	4	1.030,9752	1.057,1526	+ 26,1774	2,54%
* Landschaftsverbände	5	864,2466	886,1906	+ 21,9440	2,54%
Zuweisungen aufgrund von Sonderbedarfen außerhalb des Schlüsselzuweisungssystems	6	34,1673	33,3366	- 0,8307	-2,43%
* Kurortehilfe	7	8,6481	8,8677	+ 0,2196	2,54%
* Abwassergebührenhilfe	8	5,5029	5,6426	+ 0,1397	2,54%
* Aufwendungshilfen Gaststreitkräfte	9	3,4473	1,8366	- 1,6107	-46,72%
* Aufwendungshilfen Landschaftliche Kulturpflege	10	9,6446	9,8895	+ 0,2449	2,54%
* Einmalige Zuweisungen	11	6,9244	7,1002	+ 0,1758	2,54%
Allgemeine Zuweisungen insgesamt	12	8.844,5553	9.069,1267	+ 224,5714	2,54%
Pauschalierte Zweckzuweisungen					
Pauschale Förderung investiver Maßnahmen gesamt:	13	884,8860	923,8583	+ 38,9723	4,40%
* Abfinanzierung Zukunftsinvestitions- und Tilgungsfonds NRW	14	35,3340	34,4460	- 0,8880	-2,51%
* Verteilbare Investitionspauschale gesamt:	15	849,5520	889,4123	+ 39,8603	4,69%
* IVP Allgemein	16	716,4601	750,0758	+ 33,6157	4,69%
* IVP Sozialhilfeträger	17	72,3983	75,7952	+ 3,3969	4,69%
* IVP Eingliederungshilfe	18	60,6936	63,5413	+ 2,8477	4,69%
Sonderpauschalzuweisungen insgesamt	19	650,0000	650,0000	+ 0,0000	0,00%
* Schulpauschale/ Bildungspauschale	20	600,0000	600,0000	+ 0,0000	0,00%
* Sportpauschale	21	50,0000	50,0000	+ 0,0000	0,00%
Pauschalierte Zweckzuweisungen insgesamt	22	1.534,8860	1.573,8583	+ 38,9723	2,54%
Allg. Zuweisungen und Zweckzuweisungen insgesamt	23	10.379,4413	10.642,9850	+ 263,5437	2,54%

(*): Ist 10/14-09/15

(**): Ist 10/15 - 09/16



Aufteilung der Schlüsselzuweisungen

- Aufgrund der Notwendigkeit einer anstehenden finanzwissenschaftlichen Untersuchung werden im GFG 2017 wichtige Parameter des GFG 2016 beibehalten
- Wesentliche Gewichtungsfaktoren und Hauptansatzstaffel im Bereich der Bedarfsermittlung werden beibehalten:
 - Hauptansatzstaffel: 100 % – 142 %
 - Soziallastenansatz: 17,63
 - Schüleransatz: 2,15 bzw. 0,85
 - Zentralitätsansatz: 0,52
- Fiktive Hebesätze werden nicht angepasst:
 - Gewerbesteuer: 417
 - Grundsteuer B: 429
 - Grundsteuer A: 217



Pauschalierte Zweckzuweisungen

- Anstieg der Investitionspauschalen um 2,54 % (analog der Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen):
 - Allgemeine Investitionspauschale in Höhe von 750,1 Mio. EUR
 - Investitionspauschale zur Verbesserung der Altenhilfe und Altenpflege in Höhe von 75,8 Mio.
 - Investitionspauschale vorrangig für Eingliederungshilfe in Höhe von 63,5 Mio. EUR
- Unveränderte Fortführung der Schulpauschale / Bildungspauschale mit 600 Mio. EUR sowie der Sportpauschale mit 50 Mio. EUR



Finanzwissenschaftliche Überprüfung des KFA

- Anlässe:
 - Aktualisierung der Pooled OLS durch Einbeziehung eines weiteren Datenjahrgangs 2015 führt zu unerwarteten Veränderungen wesentlicher Parameter
 - Hinweis des VerfGH auf die Notwendigkeit einer Überprüfung der Auswirkungen des Soziallastenansatzes im kreisangehörigen Raum
- Untersuchungsbereiche (in Abstimmung mit den KSV):
 - Methodik der Pooled OLS einschließlich der Datengrundlagen
 - Auswirkungen des Soziallastenansatzes im kreisangehörigen Raum
- Begutachtung durch die Sonderforschungsgruppe Institutionenanalyse (sofia) der Hochschule Darmstadt unter der Projektleitung von Prof. Dr. Thomas Döring



Kommunale Finanzen im Jahr 2017

Agenda:

1. Aktuelle Entwicklungen
2. Gemeindefinanzierungsgesetz 2017
- 3. Stärkungspakt Stadtfinanzen**
4. Förderung des Erhalts und des Ausbaus kommunaler Infrastruktur



Stärkungspakt Stadtfinanzen (1)

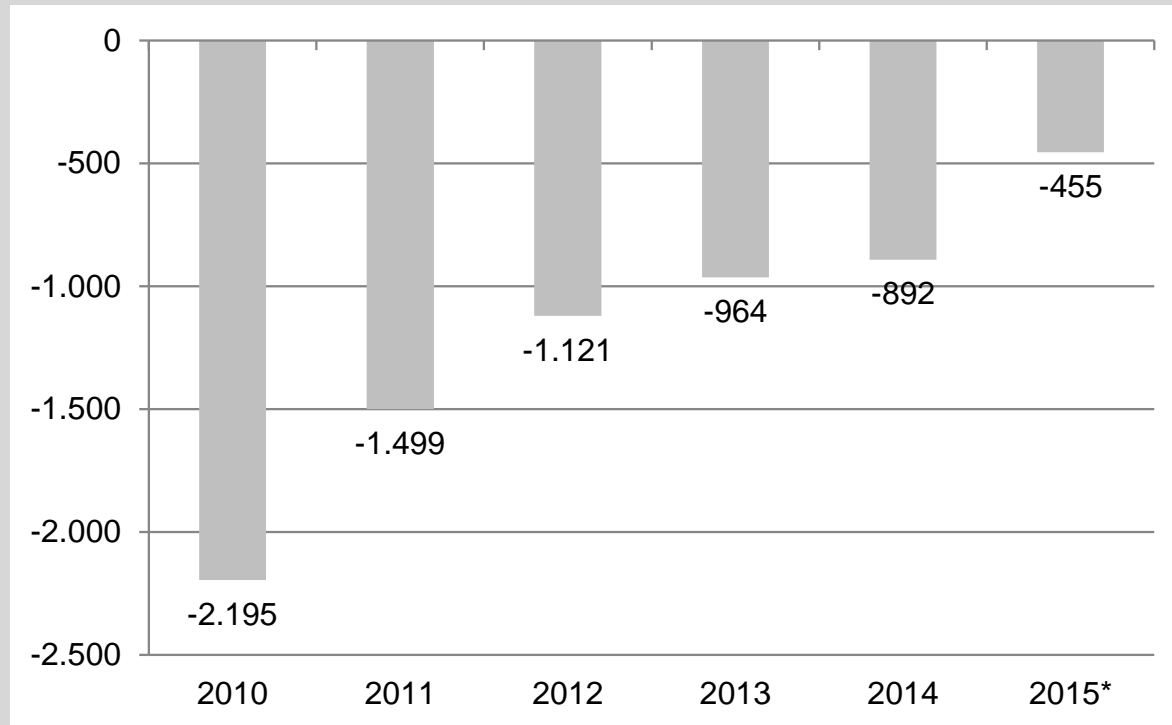
Bisheriger Verlauf (Stand: 10.11.2016):

- 5 Stärkungspaktkommunen befinden sich im Jahr 2016 bislang in der vorläufigen Haushaltsführung:
 - Verfahren in 3 Kommunen noch nicht abgeschlossen
 - Keine Genehmigung der HSP 2016 von Bergneustadt und Hagen; allerdings ermutigende Signale, dass die Städte genehmigungsfähige HSP 2017 vorlegen
- Haushaltssanierung in der Gesamtschau im Plan: Nach spürbarer Eintrübung bei den Steuereinnahmen in 2014 überdurchschnittlicher Anstieg in 2015 und in der Folge deutliche und zudem überplanmäßige Ergebnisverbesserung



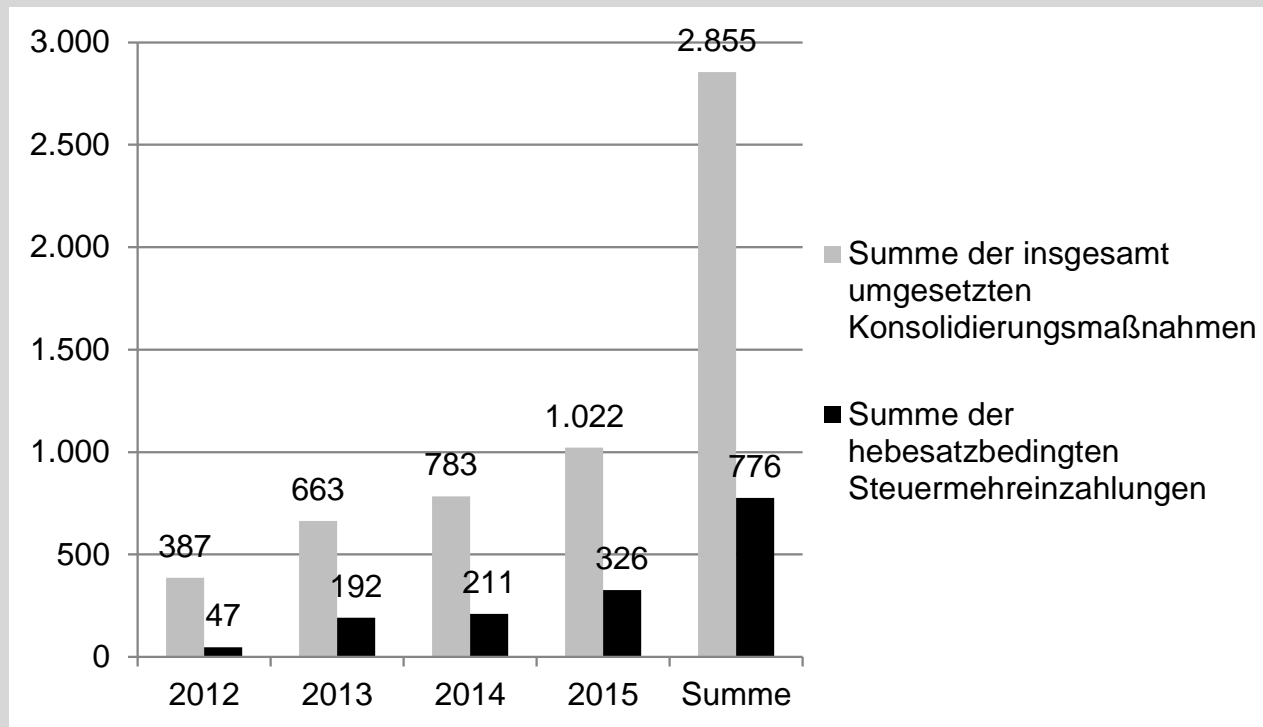
Stärkungspakt Stadtfinanzen (2)

Entwicklung der Jahresergebnisse seit 2010 (in Mio. EUR)





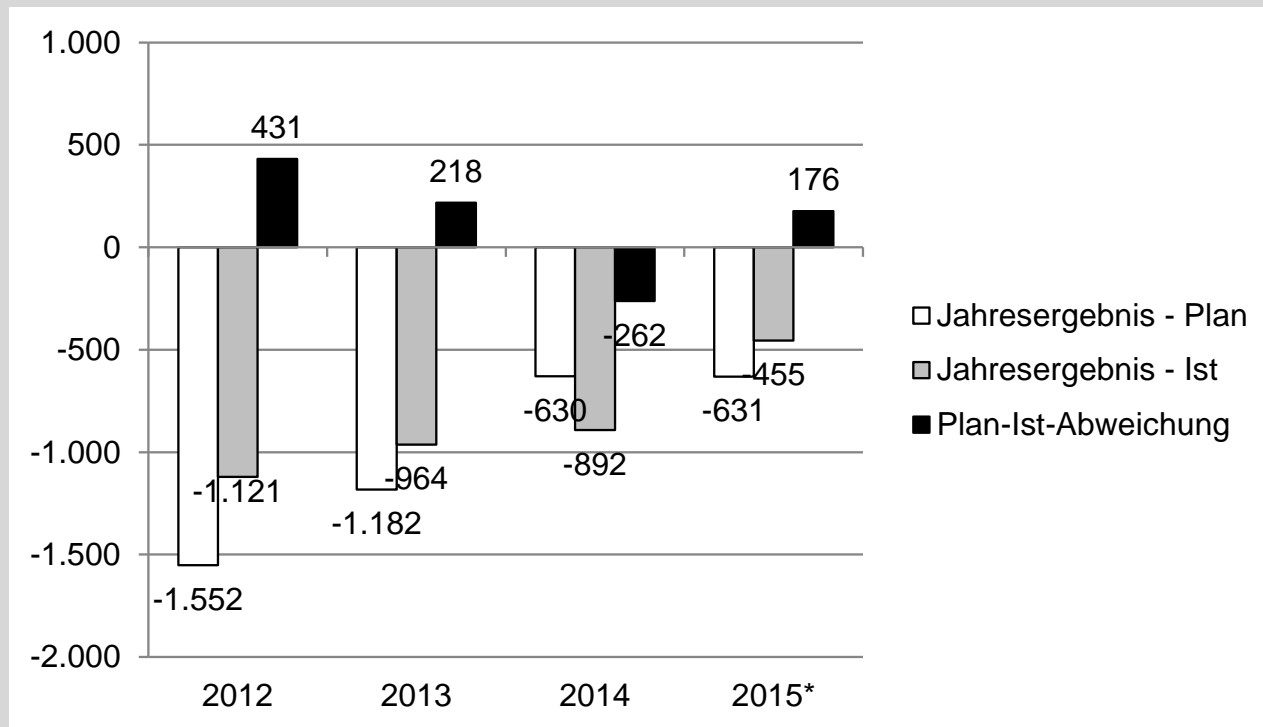
Stärkungspakt Stadtfinanzen (3) Konsolidierungsvolumen (in Mio. EUR)





Stärkungspakt Stadtfinanzen (4)

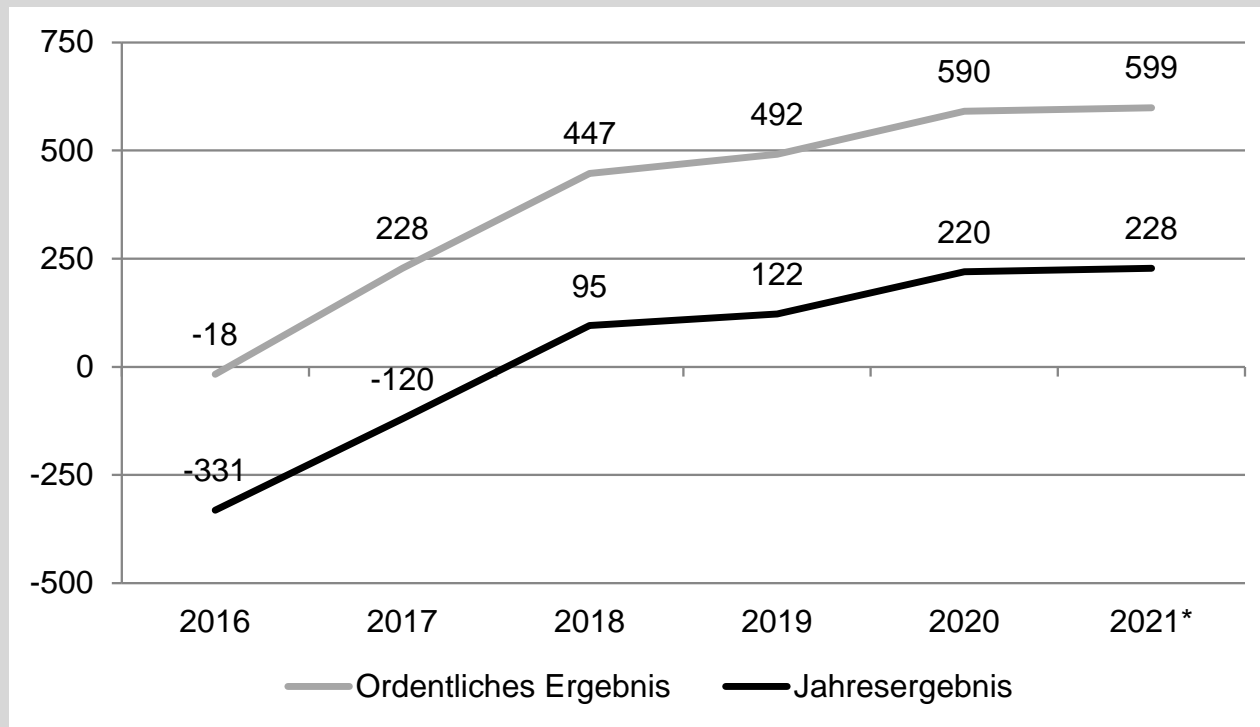
Plan-Ist-Vergleich der Jahresergebnisse (in Mio. EUR)





Stärkungspakt Stadtfinanzen (5)

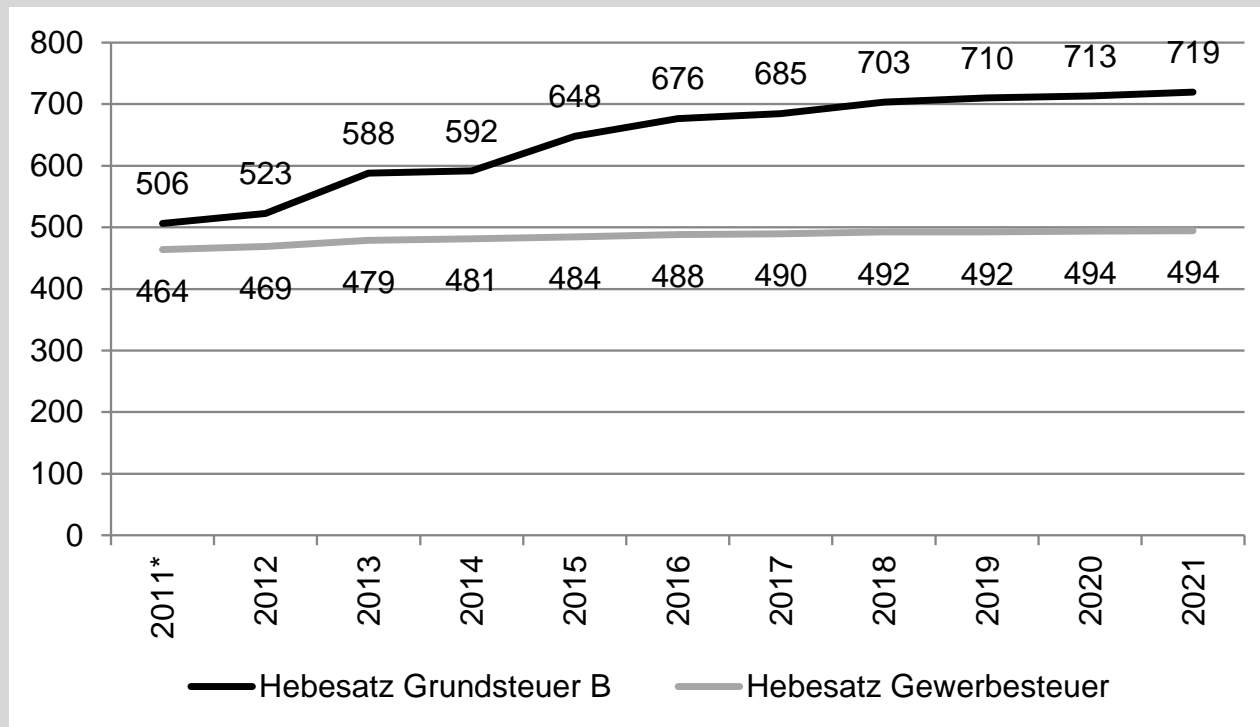
Ergebnisplanung gem. HSP 2016 (in Mio. EUR)





Stärkungspakt Stadtfinanzen (6)

Geplante Hebesatzentwicklung (gewogener Durchschnitt)





Stärkungspakt Stadtfinanzen (7)

Risiken in der weiteren Entwicklung:

- Allgemeine konjunkturelle Entwicklung ungewiss
- Zinsänderungsrisiko
- Kontinuierlicher und konjunkturunabhängiger Anstieg der Soziallasten (BTHG/Eingliederungshilfe, Unterhaltsvorschuss) und der Jugendhilfe
- Weitere Entwicklung der Aufwendungen zur Integration von Flüchtlingen
- Strukturelle Verwerfungen im Bereich der Energieerzeugung in Folge der Energiewende



Stärkungspakt Stadtfinanzen (8)

Erweiterung des Stärkungspaktes um eine Stufe 3

- Erweiterung war bereits in der Evaluationsklausel des § 12 angelegt
- Gesetzgebungsverfahren zur 3. Stufe zwischenzeitlich abgeschlossen
- Einmaliges Antragsverfahren mit Vorlage der festgestellten Jahresabschlüsse 2013 und 2014, keine verpflichtende Teilnahme
- Voraussetzung: Überschuldung auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2014 oder der Haushaltssatzung 2015 (dann verbunden mit dem Nachweis des tatsächlichen Eintritts)
- Zeitrahmen: erstmaliger Ausgleich in 2020, Ausgleich ohne Stärkungspakthilfen in 2023



Kommunale Finanzen im Jahr 2017

Agenda:

1. Aktuelle Entwicklungen
2. Gemeindefinanzierungsgesetz 2017
3. Stärkungspakt Stadtfinanzen
4. **Förderung des Erhalts und des Ausbaus kommunaler Infrastruktur**



Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (1)

Kommunale Investitionsförderung des Bundes:

- Investitionsförderpaket zur Entlastung finanzschwacher Kommunen in Höhe von 3,5 Mrd. EUR (NRW: 1,12 Mrd. EUR) im vergangenen Jahr angelaufen
- Verlängerung der Laufzeit um zwei Jahre bis 2020 beschlossene Sache (Bundestag am 29.09.2016, Bundesrat am 04.11.2016), es steht nur noch die Verkündung des Gesetzes aus



Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (2)

Umsetzung des KInvFöG im Land mit Startschwierigkeiten

- 49 Maßnahmen bislang beendet*
- 1317 Maßnahmen in der Planung bzw. Umsetzung*
- 30,5 Mio. EUR bislang abgerufen*
- 647 Mio. EUR bislang verplant*

- **Sorgen um einen möglichen Verfall der Fördermittel derzeit nicht angebracht**

*Stand: 08.11.2016



Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (3)

Weitere Perspektive auf Bundesebene:

- Einigung der Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern am 14.10.2016 im Rahmen der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichssystems ab 2020 unter der Nr. B. 3.
 - „Grundgesetzliche Erweiterung der Mitfinanzierungskompetenzen des Bundes im Bereich der kommunalen Bildungs-Infrastruktur für finanzschwache Kommunen“
- zusätzliche 3,5 Mrd. EUR Bundesmittel für Schulinfrastruktur – Verteilungskriterien aber offen
- mehr Steuerungsrechte für den Bund (BRH-Prüfung möglich?)



Förderprogramm „Gute Schule 2020“ (1)

„Gute Schule 2020“ – Gemeinsames Förderprogramm der NRW.Bank und des Landes

- Kreditkontingent von jeweils 500 Mio. EUR über vier Jahre, bereitgestellt von der NRW.Bank
- Ziel: Sanierung, Modernisierung und Ausbau der kommunalen Schulinfrastruktur
- Laufzeit der Kredite von 20 Jahren
- Gesetzlich garantierte Übernahme sämtlicher Tilgungsleistungen durch das Land



Förderprogramm „Gute Schule 2020“ (2)

„Gute Schule 2020“ – Verfahrensregeln

- Programmzugang über die NRW.Bank, kein Antragsverfahren bei einer staatlichen Behörde
- Abwicklung nach den banküblichen Verfahren, insoweit keine Besonderheiten gegenüber anderen Programmen der NRW.Bank
- Kein Verwendungsnachweis, Bestätigung des programmgemäßen Mitteleinsatzes durch die Gemeinde reicht
- Rückforderungsmöglichkeit für geleistete Tilgungshilfen bei Verfahrensverstößen der Gemeinde



Förderprogramm „Gute Schule 2020“ (3)

„Gute Schule 2020“ – Gemeindehaushaltsrecht

- Kredit bleibt Kredit – trotz 100 %iger Tilgungszusage des Landes
- (formale) Erhöhung der kommunalen Schulden unvermeidlich, aber:
- Inanspruchnahme des Programms bleibt im Haushaltsergebnis und in der Bilanz neutral
- Erlass des MIK zur „haushaltstechnischen“ Umsetzung des Programms liegt als Entwurf vor, offizielle Herausgabe nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens



Vielen Dank für das Interesse!

Johannes Winkel
Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes NRW
Friedrichstr. 62 - 80
40217 Düsseldorf
Tel. 0211 871 2450
johannes.winkel@mik.nrw.de